Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 410 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Freitag, 22. August

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Fritz Eberts Vereidigung

Der Schlußakt in Weimar

(Eigener Bericht der „Halleschen Zeitung".)

B. Weimar, 21. August.

Die Weimarer Beratungen der Nationalverammlung sind, wie eine offiziöse Auslassung das nicht besonders glücklich formuliert hatte, durch die Vereidigung des Reichspräsidenten Fritz Ebert auf die Verfassung gekrönt worden. Mit diesem Schwur sollte zweifellos etwas besonders Würdevolles, vielleicht sogar etwas Feierliches zum Ausdruck gebracht werden, und da mußte bei der sprachlichen Fassung die nun historisch gewordene Periode dem neuen System aushelfen. Man kann sich anscheinend im Sprachgebrauch von der alten Zeit noch immer nicht freimachen, so entschieden man das sachliche Moment, das im Begriff der Krönung liegt, auch verdammen mag.

Feierlich ist der Akt der Eidesleistung aber nicht verlaufen, es können selbst Zweifel daran auftauchen, ob alles, was im Zusammenhang mit dieser Zeremonie geschehen ist oder unterlassen wurde, der Bedeutung des Augenblicks entsprochen hat, der gestern für das deutsche Volk ohne Frage herangerückt war. Es ist ja richtig, daß ein solcher Vorgang nicht mit ähnlichen Ereignissen der zurückliegenden Epoche verglichen werden kann, und wir sind weit entfernt davon, an Ereignisse unserer Tage, und seien sie auch noch so bemerkenswert, den Maßstab des monarchischen Deutschlands legen zu wollen. Aber das muß doch hervorgehoben werden, daß auch in dem tiefsten Grau der Gegenwart es Momente geben kann, die ein Erheben über das monotone Einerlei des Alltags mit Fug verlangen. Der gestrige Tag brachte einen solchen Moment, und seine Würdigung durch die neuen Faktoren zeigte, daß das amtliche Deutschland sich über die Niederungen des nationalen Lebens nicht zu erheben vermag. Das läßt für die Folgezeit keine gute Vorbedeutung erkennen. Man soll äußeren Vorgängen gewiß kein übergroßes Gewicht beimessen, aber in Aeußerlichkeiten tritt oft der Sinn und Geist des Inhaltes recht plastisch in die Erscheinung. Was gestern zur Krönung der Verfassung geschah, war nüchtern und farblos wie der graue Alltag, war ohne jeden Glanz und Schwung, ohne Hoffnung auf bessere, glücklichere Tage. Wo einmal in einer Ansprache die Gedanken sich zu höheren Flug erheben wollten, da glitten sie doch bald wieder auf die Bahn der Parteipolitik, es fehlte das einigende Band, das große Wort, das über der Zerklüftung im Innern die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in seinem nationalen Sehnen und Hoffen zum Bewußtsein hätte bringen sollen. Es fehlte der große, befreiende Zug, soviel auch über Freiheit und Fortschritt gesprochen wurde. Der Vorgang der Eidesleistung des Präsidenten, durch welchen doch die Umwandlung der Monarchie in eine Republik sichtbar und hörbar in das Volk hinausgerufen wurde, hatte so wenig das Gepräge des Feierlichen, wie die republikanische Staatsform dem inneren Wesen des deutchen Volkes gerecht wird. Da konnte man wohl auch kein erhebender Zug in die Erscheinung treten.

Das Plenum der Nationalversammlung hatte noch bis in den Nachmittag hinein über Gesetzentwürfe gestritten und damit einen nicht gerade disharmonisch klingenden Grundton für den Schlußakkord in Weimer angeschlagen. Doch das Innere des Nationaltheaters war für den nicht alltäglichen Vorgang etwas hergerichtet worden. Der auf erhöhten Unterbau gestellte Präsidententisch war mit breiten schwarz-rot-goldenen Fahnen behängt, und von seiner Mitte aus gingen nach beiden Seiten in schrägen Linien nach dem Sitzungssaal die Stuhlreihen für das Ministerium, den Reichsrat und sonstige amtliche Vertreter des neuen Deutschland. Vor und hinter den Stuhlreihen und vor dem Präsidenten der Nationalversammlung aber standen in dichter Fülle grüne Sträucher und Bäumchen, und den Präsidententich zierten zwei kräftige Blumensträuße. Wo sonst das Rednerpult stand, war jetzt vor dem Präsidium und zwischen den beiden Stuhlreihen für den großen Akt auf knallrotem Teppich ein freier Raum gelassen, umrahmt von grünen Bäumchen und Sträuchern. Die Abgeordneten hatten sich in großer Zahl eingefunden, die Logen und Tribünen waren dicht besetzt. Am Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Nationaltheater war mit der Regimentskapelle eine Kompagnie Landesjäger aufgezogen, und Schutzleute in ungewöhnlich großer Zahl sorgten dafür, daß das kaum vorhandene Weimarer Publikum nicht zu dicht an das Theater heran „drängte". Wohl 800—1000 Personen, die meisten barhäuptig und ohne Kopfbedeckung, standen auf dem weiten Platz, der wohl 30 000 Menschen zu fassen vermag, zerstreut herum und blickten neugierig nach dem Theater. Die Sonne hatte ihr Antlitz hinter dicken Wolken verborgen, und der Himmel weinte. als Abgeordnete und Regierung zu dem Schlußakt nach dem Theater schritten. Die Natur gab die Folie zu dem Ereignis im Staatsleben. Pünktlich um 5 Uhr nachmittags erschien das Auto des Reichspräsidenten auf dem großen Platz, die Ehrenkompagnie präsentierte, die Musik bließ einen Tusch, und das Reichsauto fuhr mit dem Präsidenten in eine Sackgasse, in der es nicht vor und zurück konnte und eine peinliche Situation hervorrief. Man hatte nicht fertig gebracht, dem Staatsauto vorher begreiflich zu machen, wo es am Theater aufzufahren habe, die präsentierenden Landesjäger mußten zur Seite genommen werden, um dem Herrn Präsidenten einen Ausweg zur Nationalversammlung zu bahnen. Ein kleiner, aber recht symbolischer Zwischenfall! Sobald Herr Ebert auf dem knallroten Teppich der Bühne erschienen war, wurde er von dem Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn Fehrenbach, auf den freien Platz vor dem Präsidium und zwischen den beiden Stuhlreihen der Minister und Reichsräte geführt, der von grünen Bäumchen und Sträuchern umrahmt war. Hier standen sich nun die beiden Präsidenten, Ebert und Fehrenbach, gegenüber, das Haus hatte sich von den Plätzen erhoben und flüchtige Orgelklänge rauschten durch den weiten Raum. Sobald der letzte Ton verklungen war, begann Fehrenbach mit seiner Ansprache an Ebert. Er hatte in wenigen Sätzen auf den Zweck der Zusammenkunft hingewiesen und richtete nun an Herrn Ebert das direkte Ersuchen, den Eid auf die Verfassung zu leisten — da entdeckte man mit Entsetzen, daß die Mappe mit der Eidesformel noch nicht zur Stelle war. Es entstanden ungemein peinliche Augenblicke, aller Augen richteten sich nach dem Ausgang der Bühne, Herr Fehrenbach sah mit langen Blicken fragend die Reihen der Regierungsvertreter entlang, und Herr Ebert drehte sich nervös einmal über das andere Mal um seine eigene Achse, faßte sich an den Kopf und an die Schultern und wußte nicht, wo er seine Hände und — Augen lassen sollte. Endlich, endlich kam der Verantwortliche mit der Mappe hereingestürzt, und als Fehrenbach das Schriftstück mit der Eidesformel an Ebert übergeben hatte, da atmete das ganze Haus wie erleichtert auf. Der unerhört peinliche Zwischenfall, der zweite bei diesem Vorgang, war überwunden, und der große Akt konnte seinen Fortgang nehmen. Ebert leistete den Schwur, Fehrenbach stellte dieBedeutung diesesEreignisses, wie man anerkennen muß, in würdevoller und großzügig angelegter Rede fest, Ebert erwiderte mit einigen oberflächlichen Worten, und Regierung wie Versammlung nahm nun die Plätze ein. Herr Fehrenbach schritt zu seinem erhöhten Sitz empor und hielt die Schlußanprache an die Abgeordneten und die Stadt Weimar, von welcher hierin offiziell Abschied genommen wurde. Darauf erhielt der demokratische Führer von Payer das Wort, der Fehrenbach für seine Mühewaltung dankte, Fehrenbach erwiderte gerührt, und nun begab sich die Regierung auf den Altan des Theaters, um dem versammelten Volke das große Ereignis mitzuteilen. Es war ein seltanter Anblick, als hinter dem Dioskurenpaar die gedrungene Gestalt Friedrichs des Vorläufigen auftauchte und zu der Menge sprach, die nun wohl auf etwa 2000 Köpfe angewachsen war. Die Rede klang in ein Hoch auf das deutsche Volk aus, und die Musik spielte — zum haarsträubenden Erstaunen zahlreicher Anwesenden: Deutschland, Deutschland über alles! Man hatte wohl noch kein „besseres" Lied zur Hand ... Dann fuhr Herr Ebert im Reichsauto zurück zum Schloß, und, o kläglicher Anblick, nur einige Dutzende von den Tausenden von Menschen winkten dem Reichspräsidenten zu. Es waren fast nur Arbeiter und Kinder, die dort versammelt standen, aber auch sie waren mit ihrem Herzen nicht bei der Sache, als das neue Deutschland ausgerufen wurde. Es lag etwas wie wehmütig stumme Trauer über der Menge, in die erst wieder Bewegung kam, als die frischen Klänge preußischer Regimentsmärsche hinausgeschmettert wurden. Die zu Grabe getragene alte Zeit drang in vielfachen Aeußerungen in die Nüchternheit der gepriesenen Gegenwart hinein, als ob sie diese vor allzu großer Isolierung warnen wollte.

Der Schwur des Präsidenten

Weimar, 21. August.

Die Vereidigungsfeierlichkeit für den Reichspräsidenten hatte schon lange vor Beginn der Sitzung der Nationalversammlung eine große Menschenmenge nach dem Platze vor dem Nationaltheater gezogen. Blaugekleidete Berliner Schutzleute sorgten im Verein mit ihren grün uniformierten Weimarer Kameraden für Ordnung. Kurz nach 4 Uhr rückten mit klingendem Spiel eine Ehrenkompagnie Landesjäger auf den Platz. Knapp vor 5 Uhr erschien das Auto des Reichspräsidenten. Die Musik spielte. Am Haupteingang wurde der Reichspräsident durch die Vizepräsidenten Dr. Haußmann und Loebe, und durch die Schriftführer Dr. Neumann-Hofer und Dr. Pfeiffer empfangen. Sie geleiteten den Reichspräsidenten zu dem im Vorraum des Nationaltheaters harrenden Präsidenten Fehrenbach. Als der Reichspräsident das Haus betrat, ertönte rauschender Orgelklang. Der Sitzungssaal hatte einfachen, aber würdevollen Blumenschmuck angelegt. Von den Präsidenten und Schriftführern geleitet, betrat der Reichspräsident den Saal und wurde vom Präsidenten Fehrenbach in die Mitte des Raumes vor der Präsidialtribüne geleitet. Die versammelten Migtlieder des Reichsrates erhoben sich zur Begrüßung, ebenso die gesamte Nationalversammlung, die sehr stark besetzt war, während die Plätze der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten leer geblieben waren.

Präsident Fehrenbach richtete an den **Reichspräsidenten** die folgenden Worte:

„Herr Präsident! Artikel 42 unserer in Kraft getretenen Reichsverfassung ordnet an, daß Sie den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Ich habe zur Vornahme dieser ernstfeierlichen Handlung diese Sitzung anberaumt. Ich bitte das gesamte Haus, sich von den Plätzen zu erheben."

Nachdem die die Eidesformel enthaltende Urkunde dem Reichspräsidenten überreicht worden war, fuhr Präsident Fehrenbach fort:

„Eure Exzellenz! Ich bitte Sie, den vorgeschriebenen Eid zu leisten."

Der **Reichspräsident** sprach mit markiger Stimme die vorgeschriebene Eidesformel.

Hierauf richtete der **Präsident der Nationalversammlung** an den Reichspräsidenten folgende Ansprache:

„Herr Präsident! Durch die Leistung des Eides auf die Verfassung sind Sie dem deutschen Volke verpflichtet worden, das durch seine erwählten Vertreter Sie an die Spitze der deutschen Republik berufen hat. Namens des deutschen Volkes beglückwünsche ich Sie und spreche die Ueberzeugung aus, daß Sie das in Sie gesetzte Vertrauen erfüllen werden. Sie sind aus dem Volke hervorgegangen. Wir beide, die heute bei diesem denkwürdigen Vorgange einander gegenüber stehen, wissen und bekennen es mit vollem Angedenken an unsere heimgegangenen Eltern, daß bescheidene Heimstätten im Badener Lande, am Fuße des Odenwaldes und auf den Höhen des Schwarzwaldes, die Tage unserer Kindheit beschirmten. Sie werden immer ein treuer Freund des arbeitsamen Volkes sein, dem Sie Ihre Lebensarbeit gewidmet haben. Sie werden auch immer ein

Hort des Vaterlandes

sein, dem Sie nach besten Kräften zu dienen gesucht, dem Sie in dem fürchterlichen Kriege die schmerzlichsten Opfer gebracht haben, da von den vier Söhnen, die Sie unter die Fahne stellten, zwei nicht mehr ins Vaterhaus zurückgekehrt sind. Es ist ein dornenvolles Amt, das in der schwersten Zeit des Vaterlandes auf Ihre Schultern gelegt wird. Aber mit ruhigem Gewissen können Sie jede Schuld und Verantwortung an der trostlosen Lage des Reiches ablehnen. Sie suchten Fortschritt, Freiheit und soziale Wohlfahrt nur in ruhiger Entwicklung zu erreichen. Große politische Vorgänge wirken wie Naturereignisse unabwendbar, unbezwinglich. Auch bei einem anderen Ausgange des Krieges wäre bei den ungeheuren Opfern des Volkes das kaiserliche Deutschland nicht mehr dasselbe geblieben. Aber mit dieser Niederlage waren auch die Würfel über Staatsform und Dynastie gefallen. Das sollten jetzt auch diejenigen anerkennen, die den alten Einrichtungen im Herzen die Liebe bewahren. Möge es Ihnen, Herr Reichspräsident, beschieden sein, das ganze deutsche Volk wieder zu einen in vaterländischer Gesinnung, zurückzuführen zu Ordnung und Arbeit, und die Wege zu weisen, zu langsamem, aber sicherem Aufstiege unseres geliebten Vaterlandes".

Der **Reichspräsident** erwiderte auf diese Ansprache mit folgenden Worten:

„Herr Präsident! Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Worte, und ich danke Ihnen auch besonders dafür, daß Sie in Ihren Worten die Erinnerung an unsere gemeinsame, liebe und engere Heimat mitklingen ließen. Meine Damen und Herren, die Sie alle Gaue Deutschlands vertreten, das muß uns bleiben, wenn wir unser Vaterland auf Grundlagen aufbauen wollen, die unvergänglich und unzerstörbar sein sollen. Die innige Liebe zur Heimat, zum Volksstamm, aus dem jeder einzelne entsprossen ist — und dazu soll kommen

die heilige Arbeit am Ganzen,

das Sicheinstellen in die Interessen des Reiches. Da legt sich jeder Widerspruch zwischen Gesamtheit und Einzelstaat. Da wird die engere Heimat zur Quelle unserer Kraft und die weitere, die große Heimat zum Ziel und Stern unserer Arbeit. In diesem Gebiete lassen Sie mich zu meinem Teil die Verfassung halten, vertiefen und schützen. **Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein, Freiheit für alle Volksgenossen.** Aber jede Freiheit, an der mehrere beteiligt sind, muß ihre Satzungen haben. Diese haben Sie nun festgestellt. Nun sollen wir sie gemeinsam festhalten. Aus ihrem Vertrauen bin ich an die erste Stelle im Deutschen Reiche gestellt worden. In Ihre Hand habe ich das Gelöbnis gelegt, die von Ihnen für das deutsche Volk geschaffene Verfassung zu wahren. Ihr Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der erste zu sein. wenn es gilt, Bekenntnis und Zeugnis abzulegen fü den neuen Lebensgrund des deutschen Volkes. **Freiheit und Recht!"**

Die Versammlung zollte den Worten des Reichspräsidenten lebhaftesten Beifall. Der Reichspräsident nahm darauf in der ersten Reihe der Sitze für die Mitglieder des Reichsrates neben dem Reichskanzler Bauer Platz. Wieder ertönte Orgelklang.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908221-17/fragment/page=0001
DFG

Der Präsident Fehrenbach bestieg das Präsidium und führte unter anderem aus:

„Herr Reichspräsident! Meine Damen und Herren! Mit der Vereidigung des Reichspräsidenten hat auch die Stunde des **Abschiedes von Weimar** geschlagen. Wir sind vor mehr als einem halben Jahre der Großstadt und ihren Gefahren aus dem Wege gegangen und haben für unsere Arbeit das kleine, aber jedem Deutschen ans Herz gewachsene Weimar auserlesen als eine Stätte, in der von jeher die **Werke des Friedens** blühten, die Offenbarungen hoher geistiger Kultur ihre Entstehung feierten. Was wir von Weimar erhofften, haben wir gefunden, und unser Abschied vollzieht sich nicht ohne eine gewisse Wehmut. Wir scheiden von dieser würdigen Stadt und dem schönen Thüringen mit herzlichem Dank für die erwiesene Gastfreundschaft und versprechen allen ein treues Gedenken. Zum Ausdruck unserer dankbaren Gesinnung haben wir für die Zwecke des Theaters und des Schillerbundes einen einmaligen **Zuschuß von 800000 Mark** bewilligt. Unsere Hauptaufgaben in Weimar waren die Herbeiführung des Friedens, das Schaffen der Verfassung und die Einleitung einer umfassenden **Steuergesetzgebung** als Grundbedingung einer gesicherten Wirtschaft. Wir glauben, die Grundlage für ein wirtschaftliches Weiterleben, allerdings in bescheidenem Ausmaß, gelegt zu haben, und wir bauen auf die bessere Einsicht, den **Opferwillen** und den vaterländischen Sinn unseres gesamten Volkes. Die Nationalversammlung darf sich vor Gott und der Geschichte das Zeugnis ausstellen, daß sie in unermüdlicher Arbeit, in einer in der Parlamentsgeschichte kaum erlebten Kräfteanspannung und in edler vaterländischer Gesinnung die ihr gestellte Aufgabe gelöst hat. Sache des deutschen Volkes wird es jetzt sein, den Willen zum Leben durch Wahrung von Ruhe und Ordnung, durch unermüdliche Arbeit, durch treues Zusammenhalten in unserer neu geschaffenen staatlichen Ordnung zu betätigen. In den Händen des Volkes liegt unser Schicksal, ob wir zugrunde gehen, oder ob wir, wenn auch langsam und unter vielen Opfern, zu **neuem staatlichem Gedeihen** auferstehen. Wir glauben an das deutsche Volk!"

Auch diese Ansprache des Präsidenten Fehrenbach, der die letzten Sätze mit kraftvoll gehobener Stimme gesprochen hatte, fand in der ganzen Versammlung Widerhall und lauten Beifall.

Zur Geschäftsordnung erhielt darauf das Wort der Abgeordnete Dr. **Bayer** und sprach dem Präsidenten den Dank des Hauses aus. Unter seiner Führung würde es gelingen, das Schifflein der Nationalversammlung wieder durch die wohl auftauchenden Sorgen und Gefahren zu einem glücklichen dem Vaterlande und Volke dienlichen Ziele zu führen. (Lebh. Beifall.)

Bewegt dankte Präsident Fehrenbach: Den bewegten Verhandlungen hätten auch die Schriftführer, das Büro des Hauses und die Beamten das beste an unermüdlicher Arbeit geleistet. Lassen Sie uns Abschied nehmen von Weimar mit dem Rufe: **„Unser deutsches Volk, unser geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch!"**

Bewegt stimmte die Versammlung ein.

Der Präsident schloß die Sitzung, und von neuem erklang Orgelton durch den Raum, der sich nun langsam leerte.

Vor dem Hause spielte während der Feierlichkeit wieder Militärmusik.

Nach der Vereidigungsfeierlichkeit versammelten sich Abgeordnete, Minister und Zuhörer auf dem Altan des Nationaltheaters. Inmitten des Präsidiums der Nationalversammlung trat der Reichspräsident an die Brüstung des Altans und hielt an die auf dem Platze vor dem Theater stehende Volksmenge folgende Ansprache:

„Weimarer! Mein erstes Wort an das deutsche Volk nach dem 9. November ging dahin, daß bald eine verfassunggebende Nationalversammlung berufen werden solle. Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat das Werk vollendet, das ihr den Namen gegeben hat. Die Verfassung ist in Kraft getreten. Als erster habe ich heute auf sie und in die Hände des Nationalversammlungspräsidenten den **Eid geleistet**. Weimarer! Ich werde diesen Tag und seine Bedeutung nie vergessen, und Ihr sollt Euch an diese Stunde erinnern. Zum ersten Male hat heute das Volk **sich selbst in Pflicht und Eid** genommen. Kein Auftrag von unverantwortlicher Stelle, keine Berufung von oben her ist durch meinen **Schwur auf die Verfassung** bekräftigt worden, sondern in die Hand des ersten Mannes der Volksvertretung habe ich Treue gelobt in dem Amt, das mir diese Volksvertretung anvertraut hat, ein Volk, gleich und gleichberechtigt an Haupt und Gliedern. Das soll der heutige Tag vor allen Deutschen bezeugen. Vor uns steht das Wahrzeichen Weimars, das Doppelstandbild der zwei Weimarer Großen. Für uns, die wir den Traum langer Jahrzehnte, die deutsche Demokratie, vollenden durften, gesellt sich zu diesen zwei erlauchten Häuptern ein drittes Haupt, das Haupt **Ludwig Uhlands**. Von ihm, dem unsterblichen Redner der **Frankfurter Paulskirche**, stammen die mannhaften, unerschrockenen Worte vom guten alten Recht, für dessen Wiederherstellung er gegen Willkür und Rechtsbruch kämpfte. Wir nehmen heute Uhlands Parole für uns in Anspruch. Kein neues, willkürliches, nach Parteigründen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen. Wir sind vielmehr aufs neue vom alten Recht ausgegangen, das verschüttet lag, vom Rechte, das mit uns geboren, vom Rechte, das dem Volke vorenthalten war und nun vom Volke selbst errungen und gesichert worden ist. Darum sagen wir mit Ludwig Uhland: das **gute alte Recht**, das aller Verfälschungen und Erzwungenheiten entkleidete, ist heute **Allgemeingut und Erbe des Deutschen** und soll es bleiben für immer. In diesem Sinne und Glauben erneuere ich vor Euch den Schwur der Treue zum Volk und zum Volksrecht. Ihr alle habt Anspruch auf diesen Treueid. Bürger, Bürgerinnen und Soldaten, die Ihr alle Mitinhaber und Mitverteidiger dieses Rechtes seid, laßt uns zusammenstehen in dem **harten Lebenskampfe** unseres Volkes. Ruft mit mir zum Gelöbnis dieser unlösbaren Gemeinsamkeit, daß es von hier, vom Herzen Deutschlands, vom Schauplatz unvergänglicher geistiger Taten, hinausdringt ins ganze deutsche Vaterland, in Städte und Dörfer, in Fabriken und Werkstätten,: **unser geliebtes deutsches Volk, es lebe hoch!"**

In den Hochruf stimmte die Volksmenge brausend ein. Die Musik spielte **„Deutschland, Deutschland über alles"**, dessen ersten Vers die Volksmenge mitsang. Unter den Klängen der Militärkapelle fuhr der Reichspräsident davon.

*

Nach der Vereidigung des Reichspräsidenten in der Nationalversammlung versammelten sich die **Reichsminister beim Präsidenten**, der sie mit folgenden Worten empfing:

Nachdem die Verfassung in Kraft getreten ist und die Vereidigung des Reichspräsidenten auf sie stattgefunden hat, haben gemäß Artikel 176 der Verfassung auch alle Beamten des Reiches den Eid auf sie abzulegen. Als die **ersten Beamten des Reiches** bitte ich Sie, in dieser **Ehrenpflicht** voranzugehen und die Ablegung dieses Eides hier vorzunehmen, indem Sie mir nachsprechen:

Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.

Nach der Eidesleistung der Reichsminister hielt der Reichspräsident folgende Ansprache:

Meine Herren Amtsgenossen! Nachdem wir nunmehr alle den Eid auf die vom deutschen Volke gewollte und geschaffene Verfassung, das **Grundgesetz des neuen Reiches**, geleistet, und damit die formelle und offizielle Bindung unseres Tuns und Lassens mit diesem Grundgesetz hergestellt haben, wollen wir uns noch gegenseitig geloben, in **Treue und unermüdliche Pflichterfüllung** nach bestem Wissen und Gewissen alle unsere Kräfte in den Dienst des Reiches, unseres geliebten, jetzt so unglücklichen deutschen Vaterlandes zu stellen. Wir wollen alles tun, auf daß auf dem Willen des deutschen Volkes, das sich diese Verfassung gegeben hat, und auf der treuen Pflichterfüllung aller seiner amtlichen Organe die junge Republik emporwachse zu einer **starken friedlichen Zukunft**. Ich danke Ihnen, meine Herren!

Ein Koalitionskabinett in Ungarn

Wien, 21. August.

Die Blätter melden aus Ofenpest, daß sich nach langen Verhandlungen Erzherzog Joseph bereit erklärt habe, von seinem Posten als Verweser zurückzutreten und das Ergebnis der Wahlen als Privatmann abzuwarten. Das neue Kabinett werde ein Koalitionskabinett sein, in dem Lovaszy das Präsidium und Aeußere, Dr. Bazsony Justiz, der Sozialistenführer Garami Handel, sowie die Sozialisten Peidl und Prager zwei sozialpolitische Ressorts übernehmen werden.

Der Bandenkrieg in Oberschlesien

Kattowitz, 21. August.

Im Laufe des Vormittags kam es zu Haussuchungen. Waffen aller Art, polnische und französische wurden gefunden. Südlich Rybnik leistet eine polnische Bande Widerstand.

Der Generalstreik im Hüttenrevier beginnt abzuflauen.

Kattowitz, 21. August.

Die Pressestelle des Staatskommissariats schreibt: Nach dem Nachtbericht kann, wie bereits gemeldet, der Aufstand in seinen Hauptgruppen als niedergeschlagen betrachtet werden. Immerhin springt das Feuer in einzelnen Insurgentennestern noch empor. Es dürfte bei der Eigenart des ausgesprochenen Bandenkrieges noch einige Zeit dauern, bis man von einer durchgängigen Säuberung des Bezirkes wird sprechen können. Bei der Aushebung der einzelnen Insurgentennester greift das Militär nachdrücklich durch und hat auch hierbei durchweg gute Erfolge.

Die Berichte der einzelnen Abschnitte lauten: Abschnitt Kattowitz: Die Nacht verlief im großen ganzen ruhig. Die Säuberung des Abschnittes nimmt ihren Fortgang. Nachts 3 Uhr wurde Emanuelssegen und Gieschewald besetzt. In den Grenzortschaften herrscht Ruhe. Der Bismarckturm südöstlich Myslowitz wurde gestern abend gegen 9 Uhr nach Kampf besetzt. Bei den Kämpfen bei Myslowitz wurden reguläre Truppen vom polnischen Regiment festgestellt, ebenso polnische Waffen und Maschinengewehre vorgefunden. Die Aushebung der einzelnen Insurgentennester nimmt einen guten Fortgang.

Abschnitt Rybnik: Die Nacht war im allgemeinen ruhig. Eine größere Bandenschießerei fand in Pawlowitz statt. Auch wurde in dieser Nacht ein Angriff auf die Stadtwache in Pleß unternommen. Der Angriff wurde abgewiesen. Auch im Rybniker Bezirk wurden mit gutem Erfolg fortgesetzt die einzelnen Insurgentennester ausgehoben.

Abschnit Beuthen: Auch hier verlief die Nacht ruhig mit Ausnahme kleiner, unbedeutender Bandenschießereien. Laurahütte ist nach wie vor fest in unserer Hand.

Kattowitz, 21. August.

Gestern wurde, um der Truppe in unbekanntem Gelände Verluste durch Nachtkämpfe zu ersparen, der Kampf mit Einbruch der Dunkelheit abgebrochen. Die gestern morgen von neuem eingesetzten Kämpfe um Nikisschacht vor Bogutschütz auf Myslowitz-Eichenau haben vollen Erfolg gehabt. Gegen Mittag begannen die Insurgenten auf der ganzen Linie zu weichen. Gegen 4 Uhr stand unser rechter Flügel vor Myslowitz, die Mitte hat Schoppinitz und Rosdzin eingenommen. Die Grenze zwischen Laurahütte und Myslowitz ist gestern abend von unsern Truppen gesäubert worden. Für die Sicherheit der Stadt Kattowitz ist endgültig Gewähr geleistet.

Amerika gegen Erzberger

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Zürich, 21. August.

Nach amerikanischen Mitteilungen stehen die zwischen **deutschen und amerikanischen** Finanzleuten eingeleiteten Verhandlungen wegen Gewährung größerer amerikanischer Warenkredite an Deutschland unmittelbar vor dem **Abbruch**. Als Grund gibt man von amerikanischer Seite die augenblickliche **deutsche Finanzpolitik** an. Die amerikanischen Finanzleute sehen in der fahrlässigen andauernden **Herabwertung der deutschen Valuta** durch die unklaren, finanztechnisch dilettantischen Experimente des Reichsfinanzministers **Erzberger** eine so starke Gefährdung des deutschen Kredits, daß sie den eingeschlagenen Weg des Vertrauens zu Deutschland vorläufig nicht weitergehen können. **Morgan** selbst hat erklärt, die Ankündigung **Erzbergers**, daß er das im Auslande befindliche deutsche Kapital erfassen wolle, habe eine **Erschütterung des deutschen Kredits** gebracht, die schon fast einem **Bankerott** gleichkomme. Deutsches Kapital im Ausland, das in den ausländischen Finanzapparat als arbeitendes Glied eingeschaltet sei, gehöre Deutschland nicht mehr, und wenn Herr **Erzberger** den Versuch mache, es durch **Sperrung** oder **Nichtbezahlung** dieser Noten an das Ausland wieder in deutschen Besitz zurückzubringen, so beschwöre das einen **internationalen Konflikt** herauf. Es sei eine **Provokation Deutschlands** an die übrige Welt. Abgesehen davon, daß Deutschland nach dieser Richtung hin eine völlig beruhigende Erklärung abgegeben habe, werde von geordneten wirtschaftlichen **Beziehungen** seitens des Auslandes nicht die Rede sein können. Jeder **Erfassungsversuch** deutschen Kapitals im Ausland ist ein **verkappter deutscher Staatsbankerott**, dessen Konsequenzen Deutschland fühlen wird und bereits am Stande seiner Valuta fühlt.

Amerika wird nicht zulassen, daß Deutschlands Finanzamateur Erzberger eine große Reihe neutraler Banken schädige oder erschüttert. Deutschland hätte die Abwanderung seines Kapitals rechtzeitig verhindern müssen. Erfolge die Erklärung gegen die beabsichtigte Kapitalserfassung nicht, so würden die amerikanischen Banken im internationalen Interesse darauf hinwirken, daß die **deutsche Valuta** an den Börsen nicht mehr notiert wird. Herr Erzberger würde dann sein Land einer **schlimmeren Blockade** aussetzen als der während des Krieges ausgeübten. Vertrauensleute Morgans erklärten, der deutsche Finanzminister habe der Oeffentlichkeit die **Unwahrheit** gesagt, als er erklärte, er habe sich die Hilfe der **Verbandsmächte** für seine Finanzpolitik gegenüber den Neutralen gesichert. Es stehe ferner ein Beschluß des Senats in Erwägung, nach dem Amerika auf seine Wiedergutmachungsansprüche an Deutschland verzichten wolle. Aber auch dieser Beschluß würde nicht erfolgen, wenn die Bankrottenpolitik Erzbergers nicht eingestellt würde.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

17] **Roman von Artur Brausewetter.**

Volkow steht vor der Wohnung des Justizrats.

Eine laute, harte Stimme dringt ihm entgegen, ihr Klang ist heiserer als sonst. Dazwischen ein Geschiebe und Geklapper, ein Werfen und Lärmen und Poltern. Als er einige Male vergeblich angeklopft und nun die Tür geöffnet hat, stürzt er fast über einen kleinen Koffer, der hart an ihr steht: — ein großer ist mitten im Zimmer aufgestellt, und um ihn herum ein Gewirr von Kisten und Kasten und Körben, ein buntes Durcheinander von den verschiedensten Sachen.

Aber thronend über alledem der Justizrat, mit hochrotem Antlitz und schweißperlender Stirn den beschäftigten Frauen Anweisungen gebend mit unsicherer, nervöser Stimme.

Volkow ist erstaunt stehen geblieben.

„Was ist passiert?" fragt er endlich.

„Was passiert ist, Herr?!" ruft der Justizrat, und diese Anrede ist das sicherste Zeichen seines Unwillens — „was passiert ist?! Herr, das fragen Sie auch noch?! Denken Sie, ich habe mein Leben gestohlen?! Denken Sie, ich hätte es mir bis heute mühsam erhalten, nur daß irgend solch ein Mordbube es mir in einer Nacht zu seinem Pläsier abschneidet?! Denken Sie, ich will noch eine Stunde länger in diesem verteufelten Mordsort bleiben und mich für jedes räuberische Gelüste nur so zurecht legen? Ich danke, Herr — bleiben Sie meinetwegen solange Sie wollen — ich kann nicht nur immer an mich denken — ich habe für andere zu sorgen — ich habe Frau und Kind — ich reise — heute noch — mit dem nächsten Zuge reise ich fort aus dieser Mörderhöhle. En avant! Hierher, wenn ich bitten darf! Vorsicht mit dem Revolver, Gerda, er ist geladen."

Und er gibt seine Aufträge, unbekümmert um den Eingetretenen, der sich trotz des Ernstes der Stunde eines bitteren Lächelns nicht zu erwehren vermag.

Frau Riebert hat dem Staatsanwalt nur zugenickt — sie ist zu beschäftigt. Gerda aber hat sich erhoben und ist ihm entgegengetreten. Ein großer Schmerz liegt auf den schönen Zügen, die weiche Hand zittert in der seinen.

„Ist es nicht schrecklich, der arme Mensch — und auch die Wärterin."

„Ist sie schwer verwundet?"

Gerda hat nicht Zeit, zu antworten. Der Justizrat quält sich pustend und keuchend, einen Koffer zu schließen und sendet schon Blicke giftigen Vorwurfs zu ihr herüber. Sie muß ihm helfen.

Endlich ist die Arbeit getan — der Justizrat will Luft schöpfen — man tritt nach draußen.

Der Regen hat ein wenig nachgelassen, aber die Fensterflügel da oben knarren und ächzen im wachsenden Winde stärker als zuvor.

Im Garten sind mehrere der Gäste versammelt — aller Blicke wenden sich nach oben.

„Dort ist es geschehen!"

Wie tausendmal ist an diesem Morgen wohl dieser Ausspruch getan, wie tausendmal die Frage laut geworden nach dem unseligen Täter!

„Und nicht die geringste Spur?"

„Nicht die geringste! Lautlos ist er gekommen, lautlos verschwunden! So wie sie es bei den anderen Gelegenheiten gemacht haben — nur daß sie es dort nicht so blutig getrieben haben!"

„Der arme Kerl — du meine Güte, er war freilich sehr krank — für solchen Menschen ist es oft das Schlechteste nicht — wer kann wissen — aber die Wärterin! Sie ist ihm wohl zu Hilfe geeilt — ob sie tatsächlich so schwer erkrankt ist, wie man heute morgen sagte?"

Ein Achselzucken ist die Antwort.

„Und daß man nichts gefunden hat! Nicht das Messer wenigstens! Freilich, erklärlich schon! Kennen Sie die Geschichte eigentlich?"

Denken Sie — der Arzt wird geholt — mitten in der Nacht. Er fügt die Ränder der Wunden des Ermordeten zusammen. Dann geht er nach Hause und setzt sich hin, um sofort an den Amtsvorsteher Bericht zu erstatten.

Aber — ermüdet, wie er wohl sein muß, fallen ihm über diesen Bericht die Augen zu.

Als ihn des frühen Morgens eine Aufwärterin aus dem Pensionat weckt, gibt er dieser — er mochte wohl an ein Verbrechen nicht glauben — die Erlaubnis, im Zimmer aufzuräumen. Kurz und gut, erst in den Vormittagsstunden kommt der Bericht an das Amt. Und noch ist kein Amtsvorsteher und keine Kommission hier gewesen. Wird ihnen auch nicht viel nützen, wenn sie kommen! Denn es ist ja alles auf das Peinlichste aufgeräumt und gesäubert und keine Spur läßt sich mehr verfolgen! Darum ist auch so gut wie gar keine Hoffnung auf Ergreifung des Täters, der in der nächsten Nacht guten Mutes einen zweiten umbringen wird. Wer weiß, wer jetzt daran kommt." "

„Unerhört! — Aber könnte sich der junge Freiherr am Ende nicht selber — vielleicht in einem Anflug von Wahnsinn — man hat Beispiele der Art."

„Das ist ausgeschlossen — völlig ausgeschlossen! Auch die Pflegerin sagt es. Er hat nie ein Messer in der Hand gehabt. Dann müßte man dasselbe auch sicher gefunden haben. Außerdem ist der Stich mit einer solchen Treffsicherheit geführt — mitten ins Herz, so daß er gleich tot war — mausetot!"

„Wunderbar, daß man überhaupt kein Instrument gefunden hat!"

„Nun, das ist doch sehr einfach. Das hat eben der Mörder mitgenommen."

„Ja — mitgenommen! Aber wie ist es überhaupt möglich gewesen, daß er entkam, ohne daß jemand ihn sah oder von ihm hörte! Schon, daß er so unbemerkt in das Haus hineinkam! Leicht konnte es nicht sein! Das aber ließe sich allenfalls erklären! Aber aus dem Hause heraus?! Durchs Fenster konnte er nicht springen. Es ist ja der erste Stock über dem Hochparterre, und der Sprung wäre ihm wohl etwas teuer zu stehen gekommen. Und etwa — durch die Tür — dann hätte man ihn sicher entdeckt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908221-17/fragment/page=0002

Das Finale in Weimar

Die letzte Sitzung der Nationalversammlung im Weimarer Hoftheater

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Dem Grundgedanken des Entwurfs haben wir bei der Verfassung zugestimmt. Wir taten das nicht ohne Bedenken und der Aufbau der Vorlage beweist die Berechtigung dieser Bedenken. Der Entwurf nimmt keine oder nicht genügende Rücksicht auf die so außerordentlich verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Dadurch werden bei der praktischen Durchführung Hemmungen entstehen, die wir sehr bedauern müssen. Für die Angestellten bedeutet die Vorlage eine Verschlechterung, weil ihnen eine Einrichtung genommen wird, für die sie keinen Ersatz bekommen. Wenn wir Konfliktsstoffe vermeiden wollen, muß eine klare Umgrenzung der Aufgaben beider Betriebsgruppen, der Arbeiter und der Angestellten, und insbesondere eine andere Bemessung ihrer Vertretung Platz greifen. Was den Aufgabenkreis der Betriebsräte anbetrifft, so sollte man auch der Entwicklung einigen Spielraum lassen. Die Betriebsräte können doch eine Quelle wirtschaftlicher Erkenntnis werden. Unbedingt erforderlich ist das Einspruchsrecht bei Kündigungen schon im Interesse der Durchführung der Tarifverträge. Ob es möglich sein wird, den leitenden Angestellten vor allem Beamten und Redakteuren eine besondere Vertretung im Betriebsrat zu schaffen, erscheint mir zweifelhaft, aber eins ist mir sicher: Die Gruppenbildung muß weiter ausgebaut werden. Die verschiedenen Schichten der Angestellten im Betriebe müssen die Möglichkeit haben, im Betriebsrat mitzureden, nach dem bisherigen Wahlverfahren ist das nicht möglich. Die ganze Organisation muß getragen sein von dem Vertrauen in die Organisation der Arbeiter und Angestellten und vor allen Dingen von einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis. Nur auf dieser Grundlage kann etwas Ersprießliches geschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Delbrück (Deutschnational): Der Minister hat selbst ausgesprochen, daß dieses Gesetz grundlegende Umwälzungen bringt. Da liegt wohl die Frage nahe, ob der augenblickliche Zustand unseres Wirtschaftslebens geeignet ist, derart grundlegende Veränderungen vorzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Das Gesetz ist von der Regierung wiederholt als ein durchaus dringliches bezeichnet worden. Ich habe den Eindruck, diese Dringlichkeit liegt weniger in sozial- und wirtschaftspolitischen, als vielmehr in rein politischen Opportunitätsrücksichten. Das zeigt schon die Tatsache, daß die Entwürfe, die der Reihe nach an die Oeffentlichkeit gekommen sind, immer radikaler geworden sind. Ich bin überzeugt, wenn der Minister in der Lage gewesen wäre, lediglich seiner wirtschaftspolitischen Ueberzeugung Rechnung zu tragen, es würde der Entwurf ganz anders aussehen, und vielleicht auch nicht mit der Ueberstürzung eingebracht worden sein. (Sehr wahr! rechts.) Die Regierung sollte sich hüten, bei der Behandlung dieser Fragen

gewaltsame Umwälzungen

durchzuführen, für die die Beteiligten nicht reif sind, und für die der augenblickliche Zustand unseres Wirtschaftslebens so ungeeignet wie nur irgend möglich ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Auch im Ausbau des Rätesystems muß dem Charakter unseres Wirtschaftsleben Rechnung getragen werden, der nun einmal ein kapitalistischer ist. Die einzelnen Unternehmungen stehen und fallen mit dem Kapital. Mit der Geschäftsführung und mit dem technischen Können des Unternehmens würde ich es für richtiger gehalten haben, wenn man an Vorhandenes, das heißt, wenn man vor allem an die durch die Verordnungen vom 15. November 1918 regierungsseitig anerkannten Arbeitsgemeinschaften angeknüpft und sie weiter ausgebaut hätte, dann wäre man wohl auch etwas vorsichtiger gewesen mit der Zulassung der Möglichkeit von Eingriffen technischer und finanzieller Art in die gesamte Betriebsführung. Im übrigen halte ich es für falsch, ja für gefährlich, daß man versucht hat, alle Arten von Betrieben nach derselben Schablone zu behandeln. Falsch ist es auch, daß man dieselben Grundsätze auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ganz verschiedener Schulung anwendet. Auch

das Wahlrecht gibt zu Bedenken Anlaß,

wenn schon eine sechsmonatliche Zugehörigkeit zum Betriebe zu seiner Ausübung berechtigt, denn in dieser Zeit kann sich niemand eine ausreichende Betriebskenntnis verschaffen. Ferner ist es unerträglich, daß die Angestellten in der Masse der Arbeiterschaft verschwinden. Die Mitwirkung der Räte auf Einstellung und Entlassung geht entschieden zu weit. Die Vetternschaft, die der Minister vermieden haben will, wird infolge des Gesetzes zum Nachteil der Arbeiter und Angestellten in kleineren Orten und der Unorganisierten erst recht betrieben werden. (Zustimmung.) Die Einflußnahme der Räte auf die technische und finanzielle Seite des Betriebes wird zu einer Quelle störender Reibungen werden. Solange wir noch mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung arbeiten müssen, ist auch die Freiheit des Arbeitgebers notwendig.

Wir hoffen, durch unsere Mitarbeit dem Gesetz eine Form zu geben, die den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen gerecht wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Winnefeld (D. Vpt.): Die Wirtschaftsverhältnisse lassen sich nicht in eine Schablone fassen. Deshalb müssen alle Eingriffe von der weitgehendsten Rücksicht geleitet werden. Durch dieses Gesetz muß jede wirtschaftliche Gruppe erfaßt werden, keine darf sich zurückgesetzt fühlen. Das Gesetz muß in allen Einzelheiten gründlich nach praktischen Rücksichten durchdacht werden, damit es wirklich zu einer sozialen Wohltat werden kann. (Beifall bei der D. Vpt.)

Abg. Braß (U. S.): Die Regierung Ebert-Scheidemann hat es versäumt, die Räte zu den festesten Stützpunkten der Revolution zu machen. Mit diesem Gesetzentwurf sind wir nicht einverstanden. Es macht die Fortschritte der Industrie der Allgemeinheit nicht dienstbar und schützt die Privatwirtschaft in ihren unschönen Formen.

Abg. Dietrich-Liegnitz (Soz.): Das Gesetz ist ein Fortschritt. Eine Verwirklichung des Sozialismus bringt es nicht. Sie ist aber heute nicht möglich. Wir brauchen dafür eine Reorganisation der gesamten Volkswirtschaft, Anpassung der Produktion an das Gesamtbedürfnis, Vermeidung aller überflüssigen Arbeit, höchste Steigerung der Gütererzeugung. Die Allmacht der Räte führt nicht zu diesem Ziel. Die Gewerkschaften sollen trotz der Betriebsräte ihre Bedeutung behalten. Wir sind nicht der Ansicht, daß mit dieser Vorlage die Wünsche der Arbeiterschaft restlos erfüllt werden können, aber wir hoffen, daß wir durch sie die volle Demokratisierung und die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten erreichen werden. (Beifall bei den Soz.) Redner beantragt schließlich, die Vorlage dem Siebenerausschuß für Sozialpolitik zu überweisen.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Es ist nicht verwunderlich, daß der Gesetzentwurf schwere Bedenken in weiten Kreisen ausgelöst hat, denn er sieht einschneidende Bestimmungen vor, die weittragende Wirkungen haben können. Allerdings vom Standpunkte des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses darf man diese Vorlage nicht betrachten. Das ist ein für allemal erledigt. Es handelt sich lediglich um die Frage, ob der arbeitende Mensch als Mensch im Produktionsprozeß zur Geltung kommen soll, oder nicht. Aus meinen praktischen Erfahrungen heraus glaube ich sagen zu können: Der Entwurf bringt gar nicht so wesentliche und grundstürzende Neuerungen, wie manche glauben, die der tatsächlichen Entwickelung der Dinge ferngestanden haben. Vieles von dem, was er bringt, ist schon durch die Tarifverträge verwirklicht worden. Von diesem Gesichtspunkte aus stellen wir uns im allgemeinen auf den Boden des Entwurfs, ohne aber damit auszusprechen, daß wir nun auch alle Einzelbestimmungen billigen. Zwischen Betriebräten und Gewerkschaften darf ein Gegensatz nicht eintreten. Beide Institutionen müssen miteinander arbeiten. Nach den vielen Kämpfen der Vergangenheit wollen wir hoffen, daß mit dem Gesetz wir zu einer Ausgleichung der Gegensätzee gelangen.

Reichsarbeitsminister Schmidt: Ich möchte gegenüber dem Abgeordneten Braß richtig stellen, daß es nicht ganz zutrifft, daß mein Vorgänger, der Minister Wissell, gemeinschaftliche Wahlen für Angestellte und Arbeiter versprochen hat. Er hat in dieser Frage seine Stellungnahme im Gesetz sich vorbehalten. Nach Anhörung der Interessenten, und diese haben sich für die Vorschläge ausgesprochen, die das Gesetz enthält.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an den Siebener- (sozialpolitischen) Ausschuß.

Auf Wunsch sämtlicher Fraktionen wird noch nachträglich der Ausschußbericht über die Notstandsversorgung mit Oberbekleidung und Schuhwerk sowie über den Abbau der Zwangswirtschaft in der Textilindustrie erledigt, soweit er die Einsetzung eines parlamentarischen Ueberwachungsausschusses betrifft, der die Aufgabe hat, die schleunigst einzuleitende Liquidation der Reichstextilaktiengesellschaft zu überwachen. Der Ausschußantrag wird angenommen, und die sieben Mitglieder des Ausschusses sofort gewählt.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf heute nachmittag 5 Uhr pünktlich an mit der Tagesordnung: Vereidigung des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident wird von den Schriftführern und Vizepräsidenten am Eingange begrüßt und in das Haus hineingeführt werden. Der Präsident wird den Reichspräsidenten in den Saal geleiten und seine Vereidigung vornehmen. Daran werden sich kurze Ansprachen des Präsidenten und des Reichspräsidenten und eine kurze Erwiderung des letzteren anschließen. Dann wird vom Präsidenten die Schlußansprache gehalten werden.

Der Präsident fährt fort: Wir stehen am Schlusse eines Tagungsabschnittes von ganz außerordentlicher Arbeitsfülle. Es wird nachmittag Gelegenheit sein, dem Hause den Dank für die treue und außerordentlich angestrengte Arbeit dieses halben Jahres auszusprechen. Wenn wir mit einer gewissen Hast arbeiten mußten, so ist das auf die Rechnung der außerordentlichen Verhältnisse zu setzen. (Zustimmung.) Es handelt sich nicht um eine normale parlamentarische Tagung. Wir mußten ein zusammengebrochenes Haus wieder neu aufbauen. Dabei kam es nicht darauf an, jeden Stein sorgfältig zu behauen, sondern rasche Arbeit zu tun und das Haus schleunigst wieder zu überdachen. Die ungeheure Arbeit ist vom Hause in fleißigster Tätigkeit geleistet worden. Die Ferien für die Ausschüsse erstrecken sich bis Dienstag, den 23. September, die Vollversammlung wird Dienstag den 30. September in Berlin wieder zusammentreten, vorausgesetzt, daß außerordentliche Verhältnisse nicht die Notwendigkeit einer früheren Tagung bedingen.

Schluß 1 Uhr.

Ernste Beratungen in Berlin

Eine Entente-Kommission für Oberschlesien

Berlin, 21. August.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Heute vormittag fand im Auswärtigen Amt eine ernste Besprechung zwischen Vertretern der deutschen Regierung unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers Müller und den stimmführenden Mitgliedern der polnischen Delegation in Gegenwart von Vertretern der amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Militärkommission statt. Als Ergebnis der Beratung kann folgendes festgestellt werden: Eine Kommission der hiesigen fremden Militärmissionen wird sich sofort nach Oberschlesien begeben, um an Ort und Stelle über die von polnischer Stelle vorgebrachten und von der deutschen Regierung bestrittenen Beschwerden der polnischen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, in dem Aufstandsgebiet Feststellungen zu machen und je nach dem Ergebnis Abhilfsmaßnahmen vorzuschlagen. Ferner soll eine deutsch-polnische Kommission gebildet werden zur Beratung über die Maßnahmen zur Verhinderung der Grenzverletzungen. Die Regierung hat bei den Beratungen mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß auf Grund ihrer Souveränitätsrechte die Herstellung der Ordnung in Oberschlesien ausschließlich deutsche Aufgabe sei. Sie ist entschlossen, dem bewaffneten Aufstand mit aller gebotenen Energie baldigst ein Ende zu bereiten. Die zuständigen Stellen sind angewiesen worden, bei Niederwerfung des Aufstandes mit Maß zu verfahren. Sie ist auch bereit, möglichst bald nach Wiederherstellung der Ordnung in den betreffenden Gebieten ihre bereits vor dem Aufstand ausgesprochene Absicht zu verwirklichen, daß der Belagerungszustand aufgehoben und der Wunsch der Bevölkerung nach freier Bewegung erfüllt wird. Sie wendet sich an die besonnenen arbeitswilligen Elemente mit der dringenden Bitte, auf Niederlegung und Auslieferung der Waffen, sowie Wiederaufnahme geregelter Arbeit mit allen Kräften hinzuwirken. Die Pressemeldungen über eine angebliche Stellungnahme des General Dupont zu den einzelnen schwebenden Fragen treffen nicht zu. General Dupont hat an den Beratungen gestern und heute teilgenommen; seine Mitwirkung beschränkte sich jedoch auf eine Vermittelung zwischen den beiden Parteien.

Kriegsgewinnler gegen Kriegsgefangene

Unter dieser Ueberschrift macht der bekannte rechtsstehende Politiker und Redner, Generalsekretär Richard Kunze, in dem von ihm herausgegebenen „Deutschen Wochenblatte" folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Immer düsterer und drohender werden die Wolken, die am Horizonte unserer Zukunft heraufziehen. Alle Sorgen aber, die heute eines Deutschen Herz erfüllen bei dem Gedanken an die furchtbaren Wirkungen des völkischen Wahnsinns, der sich Tag für Tag in immer traurigeren Tatsachen äußert, werden zurückgedrängt von der Angst um das Schicksal unserer armen Kriegsgefangenen. Ist es nicht das Entsetzlichste von allen Zeichen völkischer Verwahrlosung, die uns die Revolution gebracht hat, daß Millionen deutscher Volksgenossen rauschende Feste feiern, tanzen, singen und — spielen, während diejenigen, die das herrlichste Gut des Menschen — die Freiheit — opferten, um die Heimat vor dem furchtbaren Schicksal zu bewahren, das uns jetzt durch eigene Schuld getroffen hat, noch immer die qualvollen Leiden der Gefangenschaft unter haßerfüllten Feinden ertragen müssen!

Hätten die Männer, die sich heute anmaßen, „Regierende" zu heißen, nur ein Fünkchen wirkliches Verantwortlichkeitsgefühl, so würden sie die Rückkehr der Gefangenen allen anderen Fragen voranstellen und ihre Macht auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung dazu brauchen, daß auch im ganzen Volke der Schrei nach der Rückgabe unserer widerrechtlich zurückgehaltenen Gefangenen alles andere in den Hintergrund dränge. Ein Verbot aller Lustbarkeiten müßte Tag für Tag das ganze Volk daran erinnern, daß wir zu trauern haben, zu trauern um 800 000 Brüder, die zum größten Teile zu den Besten unseres Volkes gehören.

Oder sollte das Unfaßbare wahr sein, das in dieser Woche aus England zu uns drang? Soll doch in einem englischen Gefangenenlager ein englischer Offizier zu den die Heimkehr fordernden Gefangenen gesagt haben: „Was wollen Sie, meine Herren, Ihre eigene Regierung will Sie ja gar nicht!"

Schon lange hab wir die Ueberzeugung gehabt, daß die heutigen Machthaber die Rückgabe der Gefangenen nicht energisch genug betreiben. Darum sollten sich jetzt endlich einmal alle, die am Schicksal jener Armen interessiert sind, zu energischem Tun emporraffen.

Der geringe Teil der deutschen Presse, der noch nicht unter dem jüdischen und sozialdemokratischen Einflusse steht, die deutschnationale und die deutsche Volkspartei, sollten keinen Tag vergehen lassen, ohne die Regierung an die Lösung dieser Frage zu erinnern, und Millionen Briefe sollten täglich die „Regierenden" (?) bombardieren, daß ihnen angst und bange wird.

An dem Ersatz der deutschen Kriegsgefangenen durch andere deutsche Arbeiter darf die Rückkehr nicht scheitern! Wir erheben abermals die Forderung: Wenn sich nicht genügend freiwillige Arbeiter finden, dann müssen zwangsweise alle diejenigen körperlich gesunden Männer herangeholt werden, die während des Krieges dauernd reklamiert gewesen sind, und zwar in erster Linie diejenigen, die in den vielen Kriegsgesellschaften oder in anderen gut bezahlten Stellungen den Krieg verlebt haben. Der gegenwärtige Stand darf hierbei durchaus nicht hinderlich sein, denn zum Soldatwerden war auch „jeder", der nicht so treffliche Beziehungen wie Herr Erzberger hatte, gut genug.

Gegen die wilden Arbeiterratswahlen

Berlin, 21. August.

Ein öffentlicher Anschlag der preußischen Staatsregierung wendet sich gegen die von den Unabhängigen und Kommunisten ausgeschriebenen wilden Arbeiterratswahlen und betont, daß keine örtliche Stelle das Recht habe, den für das ganze Reich in Vorbereitung befindlichen Beschlüssen betreffend die Wahlen vorzugreifen.

O, Deutschland hoch in Ehren!

In Altenburg auf dem Bahnhof und auch in einigen Orten der Provinz Sachsen und Thüringen findet man viereckige Bieruntersetzer, auf denen zuerst groß das Wort „Alt-Heidelbergkaffé auffällt. Wenn man aber genauer hinsieht, so fällt ein grüner Vers in die Augen: „To make a man happy, love him. To make a woman happy let her love you."

Man muß doppelt hinsehen, um das glauben zu können. Nach der großen Zeit des Krieges, in der wir deutlich erleben konnten, daß wir von der ganzen Welt gehaßt wurden, wie noch niemals in der ganzen Geschichte gehaßt worden ist, bekommt man in Deutschland ein Glas dünnen Bieres auf einem Untersetzer gestellt, der aus dem Alt-Heidelberg-Café und Restaurant aus Cincinnati (!) herrührt. Nur ein Revolutionsgeist kann sich derartige Geschmacklosigkeiten gefallen lassen. Es wird nicht lange dauern, dann überschwemmt uns das Ausland mit Dingen verschiedenster Art, die unser bißchen Deutschtum, das unser Volk aus den „großen" Revolutionstagen doch noch gerettet hat, untergehen lassen. Der englische Bieruntersetzer vom Altenburger Bahnhof ist der unrühmliche Anfang dazu.

Vom Bankstreik

Hamburg, 21. August.

Die ausständigen Bankbeamten nahmen heute vormittag in einer von 1800 Personen besuchten Versammlung den Schiedsspruch des Berliner Schlichtungsausschusses einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen an. Sämtliche Redner warnten davor, die Arbeit in den Banken eher wieder aufzunehmen, als bis die Bankleitungen ihre Zustimmung zum Schiedsspruch gegeben haben und die Streikleitung den Streik für beendet erklärt hat.

Amerika auf dem Kriegspfade

Einzug in Mexiko.

Haag, 20. August.

Aus Washington wird gemeldet: Kriegsminister Baker erklärte im Militärausschuß des Senats, er würde seine Pflicht vernachlässigen, wenn er nicht beim Kongreß darauf dringen würde, daß ein amerikanisches Heer, das der Größe der Vereinigten Staaten entspreche, geschaffen würde. Die Kommission untersucht einen Vorschlag des Kriegsamtes zur Bildung eines stehenden Heeres von 576 000 Mann und über die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung.

Washington, 20. August.

Reuter meldet, daß amerikanische Truppen die Grenzen Mexikos überschritten haben.

Eine Anzahl Blätter veröffentlicht, wie aus New-York gemeldet wird, Mitteilungen über Aussagen von Millars, die dieser im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington über die Schantungfrage abgab. Nach dem Bericht der „New York Sun" führte Millars folgendes aus: Die Dinge im Fernen Osten haben jetzt einen solchen Verlauf genommen, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in bedrohliche Nähe gerückt ist. Vieles kann zur Verhütung eines solchen Konflikts geschehen, wenn der Senat vor der Ratifizierung des Friedensvertrages das Auswärtige Amt dazu bringen kann, von der englischen und französischen Regierung eine bündige Erklärung über ihre Geheimabkommen mit Japan zu verlangen. Millars erachtet den Krieg trotzdem als sehr wahrscheinlich und hält politische Unterhandlungen für den einzigen Ausweg. Er verlas dann die Zustimmung des amerikanischen Volkes zum französisch-amerikanischen Abkommen, das den künftigen Frieden in Europa sichern soll. Hier sei für Amerika der psychologische Augenblick gekommen, eine Gegenleistung zu verlangen. Es sei anzunehmen, daß in dem Geheimabkommen zwischen England und Frankreich einerseits und Japan andererseits vereinbart wurde, daß England sich verpflichtet, Japan in seinem Versuch, seine Stellung in Schantung zu behalten, zu unterstützen, anstatt darauf hinzuwirken, daß Japan Schantung an China zurückgibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908221-17/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 22 August.

Weitere Verkehreinschränkungen

Die bisher erfolgten Einschränkungen, die infolge des Rückganges der Bestände an Eisenbahndienstkohle seitens der Eisenbahnverwaltung eingeführt worden sind, genügen bei der immer stärker fühlbar werdenden Kohlennot bei weitem nicht, um den allernotwendigsten Verkehr aufrechtzuerhalten. Wie offiziös mitgeteilt wird, wird bereits jetzt erwogen, welche weiteren Einschränkungen bei steigender Kohlenknappheit zur Durchführung gelangen können. Wie bereits in Deutsch-Oesterreich, wird auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen als weitere Maßnahme der Eisenbahnverwaltung die völlige Einstellung des Schnellzugsverkehrs in Erwägung gezogen. Eine weitere Maßnahme zur Aufrechterhaltung des lebensnotwendigen Güterverkehrs, des Transportes von Milch- und Lebensmitteln ist die völlige Einstellung des Personenverkehrs an Sonn- und Festtagen in Aussicht genommen. Endlich wird auch noch der Güterverkehr eingeschränkt werden, so daß das gesamte Wirtschaftsleben stillstehen würde und mit Ausnahme der Beförderung von Milch- und Lebensmittelzügen kein Zug mehr befördert würde. So schwer die Folgen für Einschränkungen von diesem Umfange sein werden, es wird, wenn die Arbeiter in den Kohlenrevieren nicht sehr bald zur Vernunft kommen, kein anderes Mittel mehr geben, um die Gesamtheit des Volkes vor dem Verhungern zu bewahren.

Daß die Regierung mit ernsten Maßnahmen zur Sicherung der Kohlenversorgung viel zu lange gezögert und somit das Elend mit herbeigeführt hat, davon will man nichts wissen.

Viehzählung am 1. September

Die Durchführung der 11. vierteljährlichen Viehzählung, die am 1. September 1919 gemäß Anordnung des Reichskanzlers vom 30. Januar 1917 in der Fassung der Verordnung über die Erweiterung der vierteljährlichen Viehzählung vom 9. August 1917 in Halle stattfindet, ist der Polizei-Verwaltung übertragen worden.

Die Aufnahme erfolgt mittels Listen in den viehhaltenden Haushaltungen in der üblichen, durch frühere Viehzählungen bereits bekannten Weise; sie umfaßt Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen. Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Meldepflicht im vaterländischen Interesse erfüllen werden. Die Außerachtlassung der Pflicht ist mit Strafe bedroht.

— **Die Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene für den Saalkreis** (Kreisausschuß des Saalkreises) schreibt uns: Der gewaltige Umfang, den das Arbeitsgebiet der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge angenommen hat, macht das Bedürfnis unabweisbar, alle dahin gehörenden Vorschriften und Maßnahmen von einer Stelle aus lückenlos zusammenzustellen und weitesten Kreisen schnell und regelmäßig zugänglich zu machen. Die auf Grund der Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. Februar 1919 (RGBl. S. 187) im Reichsarbeitsministerium gebildete Abteilung IV gibt deshalb vom 1. Juli d. J. ab im Verlage von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW. 68, Kochstraße 68/71, die „Amtlichen Nachrichten des Reichsarbeitsministeriums, Abteilung für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge" heraus. Das Amtsblatt wird alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Erlasse der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden bringen und in einem nichtamtlichen Teil auf die Erfahrungen aus der Versorgung und Fürsorge, wie auf die Literatur hinweisen. Die „Amtlichen Nachrichten usw." werden daher nicht nur für die Hauptfürsorgestellen und die amtlichen Fürsorgestellen, sondern auch für die sonst zur Mitarbeit an der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Versorgung und -Fürsorge berufenen Behörden, Organe usw. unentbehrlich sein. Dahin gehören Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, auch die Militärversorgungsgerichte, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Vereinigungen, private Wohlfahrtsvereinigungen, Stiftungen und Anstalten. Das Amtsblatt erscheint zweimal im Monat und kann zum Jahresbezugspreise von 8,50 M. durch jede Postanstalt oder durch den vorgenannten Verlag bezogen werden. Die bei der Abteilung IV des Reichsarbeitsministeriums, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Straße 19, aufgegebenen Bestellungen erhalten einen Vorzugspreis von jährlich 6,80 M.

Provinz Sachsen

— **Mötzlich**, 21. Aug. (Die Kastellan- und Küsterstelle) ist zum 1. Oktober neu zu besetzen. Bewerbungen sind umgehend an die Regierung zu Merseburg einzureichen.

tsk. **Freyburg a. d. U.**, 20. August. (Beim Baden ertrunken.) In der Unstrut ertrank in der Badeanstalt ein „Fahrender Gesell". Ein sofort herzugeeilter Arzt konnte nur noch den Tod durch Herzschlag feststellen. Der junge Mann, ein Handlungsgehilfe Namens Rudolf Kober aus Chemnitz, wohnte hier dem Bundestag der „Fahrenden Gesellen" bei. Der Verunglückte hat vier Jahre lang den Feldzug mitgemacht und gehörte lange Zeit einem Sturmtrupp an.

— **Magdeburg**, 21. Aug. (Einstellung der Elektrizitätslieferungen.) Das städtische Elektrizitätswerk, das auch die Straßenbahn mit Strom versieht, gibt bekannt, daß es wegen Kohlenmangels genötigt ist, seinen Betrieb größtenteils einzustellen. Die Maßnahme soll heute abend schon in Kraft treten. Der Straßenbahnverkehr wird aufrechterhalten.

t. **Quedlinburg**, 21. Aug. (Verhafteter Straßenräuber.) Der Polizei gelang gestern die Verhaftung des Straßenräubers Arbeiters Seeben, der kürzlich auf dem Wege von Thale nach Stecklenberg eine Kurfremde überfiel und gründlich ausraubte. Es waren ihm auch die übrigen in der letzten Zeit in der hiesigen Gegend verübten Straßenräubereien zur Last gelegt. Seeben hielt sich hier bei seinem Bruder auf. Er ist bei Gegenüberstellungen bestimmt als der Räuber mit der blauen Gesichtsmaske erkannt worden.

t. **Zerbst**, 21. Aug. (Vieh- und Pferdemarkt.) Heute findet hier der August-Vieh- und Pferdemarkt statt, von jeher der größte seiner Art, in Zerbst, Anhalt und weiter Umgebung. Er zeigte auch diesmal wieder reichen Auftrieb an Pferden, besonders mittlerer, schwerer und Luxustiere, und an Schweinen, vornehmlich Ferkeln und Läufern. Die Zahl der Besucher aus nah und fern ist sehr stark. Die Preise für mittlere Pferde bewegten sich zwischen 3800—7000 Mark, für schwere und Luxustiere gingen bis 11 000 Mk. und darüber. Die bis zu Kriegsbeginn stets mit dem Augustmarkt verbundene Ausspielung der Zerbster Pferdelotterie mußte auch in diesem Jahre der Schwierigkeit der Preisbeschaffung wegen unterbleiben.

l. **Zerbst**, 21. Aug. (Der Gesamtstreik der Arbeiter) in der Franz Braun-A.-G., Maschinenfabrik und Eisengießerei, hierselbst, dauert noch immer an. Die Beilegung ist vorläufig noch nicht abzusehen. Gegenüber anderslautenden Meldungen gibt der Betriebsrat bekannt, daß er sich nicht in völliger Uebereinstimmung mit der Werksleitung befinde, die nur einen Teil der Forderungen der Schlosser bewilligt habe, und dem weiteren Streik der Schlosser, dem durch den der anderen Arbeiter mehr Ausdruck gegeben werden soll, die Berechtigung nicht anerkenne. Die Schlosser, die im Akkord arbeiten, fordern eine angemessene Erhöhung ihrer Akkordsätze, die gegenüber der bisher 200prozentigen Aufbesserung der Stundenlöhne der anderen Arbeiter nur um etwa 73 Prozent gestiegen seien. Die Schlosser fordern daher eine für mit den Stundenlohnarbeitern mindestens gleichstellende Neuregelung der Berechnung der Akkordsätze.

Aus Thüringen.

△ **Weimar**, 20. August. (Die Lehrerbildungsanstalten in Sachsen-Weimar höhere Lehranstalten.) Die Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, welche lautet: „Die beiden Lehrerseminare (in Weimar und Eisenach), einschließlich der Sekundarschule (in Eisenach) im Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach gelten als höhere Lehranstalten". Damit rücken die Lehrerbildungsanstalten in Sachsen-Weimar in die Reihe der höheren Lehranstalten des Landes ein. — Der Entwurf über die Elternbeiräte und Bezirksschulbeiräte, sowie über das Schulparlament ist fertig und wird demnächst von der Staatsregierung bekannt gegeben werden.

Aus Sachsen.

— **Leipzig**, 21. Aug. (Zum Putsch in Chemnitz.) Nach Mitteilung der sächsischen Regierung über den Chemnitzer Putsch werden noch 17 Soldaten vermißt, von denen man annimmt, daß sie ermordet oder versteckt gehalten werden. Nach Eintreffen der Regierungstruppen geht die Waffenabgabe besser vonstatten.

— **Dresden**, 21. Aug. (Drohende Betriebseinstellung sächsischer Gasanstalten.) Seit heute ist auch in Dresden von ½8 Uhr früh bis nachts 11 Uhr ausgedehnt. In verschiedenen Städten des östlichen Sachsens werden die Gasanstalten voraussichtlich in einigen Tagen den Betrieb einstellen müssen.

„H. Z." Sportberichte

Die deutsche Sportbehörde für Athletik hält am Sonnabend und Sonntag anläßlich der deutschen Meisterschaften in Nürnberg eine Ausschußsitzung ab. Mitteldeutschland wird durch Hädicke-Halle und Helbig-Weimar, den beiden Vorsitzenden des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine vertreten werden.

— **Vereinswettkampf V. f. B.-Leipzig—Hannover 96.** Auf Einladung des H. F. Cl. v. 1896 wird der V. f. B.-Leipzig am 7. September einen alle Sportzweige umfassenden Vereinswettkampf gegen diesen in Hannover austragen. Gegenüberstehen werden sich die Fußball- und Hockey-Ligamannschaften, sowie die besten Leichtathleten und Tennisspieler. In der Leichtathletik sind die angesetzten Bewerbe: 100-Meter-Lauf, 800-Meter-Lauf, Weitsprung und Speerwurf mit je 3 Teilnehmern, sowie 4×100-Meter-Staeffellauf und Olympische Staffel mit je einer Mannschaft. Es ist dies wohl der erste Wettkampf dieses Stils, den deutsche Rasensportvereine abhalten. Er beweist die vielseitige, bedeutungsvolle Entwicklung der großen Sportvereine.

— **Der Magdeburger Rennverein** beabsichtigt für den Herbst die Abhaltung einer Rennwoche großen Stiles, die sowohl Flach-, als auch Hindernisrennen umfassen soll. Der Verein wird daher bei der Behörde vier weitere Renntage beantragen und ist überzeugt, daß der Herr Minister in diesem Falle seinen Widerstand gegen die Bewilligung neuer Renntage aufgeben wird, da der Magdeburger Rennverein nicht nur alle Rennpferde auf dem Wasserwege zu befördern gedenkt, sondern auch Passagier-Eildampfer zwischen Berlin und Magdeburg wird fahren lassen und daher Verkehrsschwierigkeiten für ihn wegfallen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Industrie, Handel, Handwerk

✱ **Der Verein der deutschen Zuckerindustrie** hat auf seine Eingabe an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Bescheid erhalten, daß er es für notwendig hält, der Zusammenlegung verschiedener Zuckerfabriken näherzutreten. Obwohl der Verein von den Schwierigkeiten überzeugt ist, hat er es doch nicht unterlassen, die Fabriken auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ihnen anheimzustellen, mit ihren Nachbarfabriken wegen Zusammenlegung der Betriebe in Verhandlungen zu treten. Es wurde erklärt, daß infolge der geringen Kohlen voraussichtlich erhebliche Mengen der auf den Feldern stehenden Rüben der Bearbeitung nicht zugeführt werden können. — Auf seine Eingabe an das Reichsernährungsministerium betr. Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker ab 1. Oktober 1919 wurde dem Vereine mitgeteilt, daß diese nach Lage der Verhältnisse nicht in Aussicht genommen werden könne. Die Vorschriften für die Zuckerernte 1919/20 würden demnächst von Vertretern der Landwirtschaft und Industrie zu prüfen sein.

Mitteldeutsche Motorpflug A.-G. in Magdeburg-Sudenburg. Unter dieser Firma ist mit einem Aktienkapital von vorläufig 1 Mill. Mk. unter Führung des Herrn Willy Sick (Bankhaus Nordisches Kolonialkontor), Hamburg und Rechtsanwalt Dr. Ed. Hallier, Magdeburg, eine Aktiengesellschaft im Entstehen, die sich die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen aller Art, insonderheit Motorpflüge, Bodenfräser usw. zur Aufgabe gesetzt hat. Es sollen für diesen Zweck die im vollen Betriebe befindlichen Fabrikanlagen der Mitteldeutschen Maschinenbaugesellschaft m. b. H. (vormals Mitteldeutsche Motorpfluggesellschaft) Magdeburg-Sudenburg erworben werden. Dem Aufsichtsrat werden außer obigen Herren u. a. angehören ein Fachmann des Maschinenbaues und ein landwirtschaftlicher Sachverständiger. Die ministerielle Genehmigung zur Gründung ist zugesagt.

Thüringische Landesbank A.-G. in Weimar. Wie uns berichtet wird, nimmt das Institut eine Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. Mk. auf 9 Mill. Mk. vor, also eine Verdreifachung. — Von dem Kapital der Bank befindet sich der größte Teil im Besitz der Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg.

Geldmarkt und Banken

Vom rheinisch-westfälischen Kuxenmarkte. Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund. Der rheinisch-westfälische Wertpapiermarkt ist in der vergangenen Woche aus seiner Zurückhaltung nicht herausgetreten, die begründet ist durch die weitere Verschlechterung unserer Valuta und die Erwartung der demnächst zur Durchführung gelangenden Finanzreform. Wenn sich trotzdem auf allen Märkten eine zuversichtliche Grundstimmung geltend machen konnte, so darf man diese Erscheinung auf die günstigen Vierteljahrsberichte einzelner Werke zurückführen, die einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem 1. Vierteljahr aufweisen und die allmähliche Besserung unserer wirtschaftlichen Lage deutlich zum Ausdruck bringen. Kapitalkräftige Kreise w den hierdurch veranlaßt, Beteiligungen an den in Frage komme den Werken einzugehen. Am Kohlenkuxenmarkte h die Kauflust für die schweren Werte weiter an. Lebhafter Na frage erfreuten sich wiederum besonders Lothringen, Constan der Große, Ewald und Helene u. Amalie, die ihren Kursst um etwa 1000 Mark bis 1500 Mark erhöhen konnten. Fer waren Graf Schwerin und König Ludwig zu schwankenden Pr sen im Verkehr. Von mittleren Werten zeigte sich Kaufneigu für Johann Deimelsberg, Heinrich, Blankenburg, Gottesseg die zu leicht gebesserten Preisen im Verkehr waren. Große U sätze entwickelten sich in Admiral, die nach anfänglicher Ste rung einige hundert Mark niedriger ihre Besitzer wechselte Hermann 1—3 waren etwas höher im Handel, während Tr billiger zum Verkauf gestellt wurden. Von linksrheinischen W ten zeigte sich größeres Interesse für Moers und Wilhelmi Mevissen, die um ca. 500 Mk. im Kurse anziehen konnten. Di gardt waren vernachlässigt. Am Braunkohlenmark zeigte sich Kauflust für Schallmauer, Oskarsegen und Rub Aktien, die zu gebesserten Preisen im Verkehr waren. Erwähne wert ist noch die Nachfrage nach Elsa Cement-Kuxen, die u einige hundert Mark höher wurden. Am Kalikuxenmark blieb die Stimmung auch weiterhin recht freundlich, doch wa die Kurse wenig verändert. Lebhaft gefragt waren diejenig Werte, die über eigene Kohlen verfügen und infolgedessen n von der Kohlenknappheit betroffen werden. Hierher gehören B. von mittleren Werten Einigkeit, die vorübergehend um e 900 Mark gesteigert wurden, zum Wochenschluß jedoch etw billiger erhältlich blieben. Größere Nachfrage zeigte sich fe für Heringen, die die Woche mit einem Gewinne von ca. 8 Mark verlassen. Für schwere Werte regten die günstigen Vierte jahrsberichte von Glückauf-Sondershausen und Neustaßfurt a Der erstere weist einen Ueberschuß von ca. 850 000 Mk. a gegen einen Verlust von ca. 1 Million Mark im 1. Vierteljah der letztere einen Ueberschuß von ca. 1 200 000 Mark gegen ei Verlust von ca. 650 000 Mk. im 1. Vierteljahr. Wenn auch di Ergebnisse gegenüber den früheren Ausweisen der Werke imm noch recht bescheiden zu nennen sind, so bringen sie doch imme hin den Beweis, daß die Verhältnisse in der Kaliindustrie a mählich einer Besserung entgegengehen. Unter dem Eindru dieser Berichte zeigte sich mehrfache Nachfrage nach den genan ten Werten, die bei Berichtsschluß zu anziehenden Preisen gefra blieben. Von sonstigen Werten wurden für Volkenroda, Sie fried I, Hope, Felsenfest, Hüpstedt und Friedrichroda zu höhe Preisen geboten, während die meisten übrigen Werte zu wen veränderten Preisen in guter Nachfrage blieben. Auf de Kaliaktienmarkte zeigte sich Kaufinteresse für Adl Stamm-Aktien, die einige Prozent gewinnen konnten. Die üb gen Werte dieses Marktgebietes blieben ohne nennenswerte Be änderungen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Unter dem niederdrückenden Einfl der Sorge um unsere traurige finanzielle und wirtschaftli Lage und um die Gestaltung der Valuta kam es an der Börse keinem regelmäßigen Geschäft. Umsätze blieben vereinzelt. D Kursbewegung war ungleichmäßig und zeigte keine wesentlich Veränderungen gegen gestern. Immerhin kann man sagen, d oberschlesische Werte sich gut behaupteten, was damit erkl wird, daß man von der angekündigten Besetzung Oberschlesien durch Ententetruppen die Möglichkeit ruhiger Arbeit der dortig Werke erwartet. Bismarckhütte verlor jedoch nach anfänglich Behauptung 2 Prozent. Schiffahrtsaktien büßten anfängli kleine Besserungen meist wieder ein. Ausländische Aktien wahrten naturgemäß ihre feste Haltung. Kanada und Stea Romana stellten sich wiederum etwa 5 Prozent höher. Re schwach waren die älteren deutschen Anleihen; sie verloren et 2 Prozent. Kriegsanleihe gab nur wenig nach und wu zwischen 79⅛ und 79,90 umgesetzt. Oesterreichische und ung rische Renten neigten zur Schwäche.

Produktenbericht. Im Produktenverkehr blieben die Ford rungen für Käufe auf schnelle Verladungen im allgemeinen f Dagegen schienen die Verkäufer für September- und weit Abladungen in ihren Forderungen eher nachgiebig zu sein. B sonders galt dies für Ware von mittelschlesischen Statione Begehr zeigte sich für schnelle Lieferung aus Westfalen u Hamburg. Viktoriaerbsen wurden aus Sachsen und Thüring weniger angeboten, da dort seitens der Kommunen Preise b zu 150 Mark gezahlt werden, die hier nicht erhältlich sind. D Preisforderung enfür grüne Erbsen waren hier zu hoch. L pinen wurden zu 26—27 Mark bezahlt. Serradella wurde kau umgesetzt. Heu war in drahtgepreßter Ware für besetzte G biete begehrt. Stroh blieb schwierig zu verkaufen. Wett regnerisch.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	138,50
Halberstadt-Blankenb.	74,—	Gebhardt u. Co.	—,—
Halle-Hettstedter	—,—	Gebhardt u. König	102,—
Schantungbahn	126,50	Gelsenkirch. Bergb.	167,—
Allg. Lokal-Str.	130,—	Glauziger Zuckerfbr.	251,—
Gr. Berl. Str.	120,75	Hallesche Masch.-Fabr.	310,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	303,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	318,—	Harpener Berg	156,50
Orientbahn	278,75	Hasper Eisen	146,50
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	223,75
Hambg. Paketfahrt	99,3/8	Höchster Farbw.	288,—
Hambg.-Südamerika	168.50	Hoesch Eisen u. Stahl	196,—
Hansa-Dampfschiff	220,50	Hohenlohe-Werke	108,25
Nordd. Lloyd	100,75	Humboldt-Masch.	130,75
Banken:		Ilse-Bergbau	296,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	310,—
Berl. Handelsges.	151.25	Kaliw. Aschersleben	158,—
Comm u. Diskontobank	120,25	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	105,1/8	Kyffhäuserhütte	139,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	119,—
Deutsche Bank	192,75	Lauchhammer	152,—
Diskonto-Comm.	152,50	Laurahütte	150,75
Dresdner Bank	127,3/8	Linke u Hofmann	238,—
Credit-Anst. Leipzig	129,50	Ludwig Loewe u. Co.	215,—
Mitteld. Kreditbank	111.50	Lothringer Hütte	149,75
" Privat-Bank	109.25	Mannesmannröhren	168,75
Nationalbank	100,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	124,7/8
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	140,50
Reichsbank	147,5/8	do. Kokswerke	192,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	168,75
Schultheiss-Brauerei	244,—	Phönix-Bergb.	173,50
Akt. f. Anilin	225,1/8	Rhein. Metall-Vorz.	165,50
Allgem. Elektr.-Ges.	160,50	Rhein Stahlwaren	132,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	175,—
Anhalter Kohlenw.	162,—	Rombacher Hütten	156,—
Annaberger Steingut	191,—	Rositzer Braunk.	114,—
Badische Anilin	319,75	Rositzer Zucker	153,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	129,75	Sangerhäuser Masch.	258,—
Berl. Masch.-Bau	192,—	Hugo Schneider u. Co.	165,50
Bismarckhütte	199,75	Schuckert u. Co.	117,50
Bochumer Gußstahl	169,—	Siemens u. Halske	150,75
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Stettiner Vulkan	153,50
Chem. Griesheim	191,50	Stollberger Zinkh.	115,—
Chem. v. Heyden	213,—	Strals. Spielkarten	249,75
Consolidation Schalke	227,75	Thale-Eisenhütte	227,75
Cröllwitzer Papierfabr.	209,50	Triptis-Akt.-Ges.	176,—
Daimler-Motoren	198,25	Türkische Tabakregie	530,—
Deutsch-Luxemburg	140,—	Ver. Köln-Rottweiler	167,75
Deutsche Uebersee-El.	256,—	Glanzstoff Elberf.	514,—
Deutsche Erdöl	280,—	Wegelin u. Hübner	145,—
Deutsche Gasglühl.	342,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Kali	175,50	Westeregeln-Alkali	210,25
Deutsche Waff. u. Mun.	199,—	Wittener Gußstahl	186,—
Donnersmarkhütte	198,—	Wrede-Mälzerei	133,—
Döring u. Lehrmann	118,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	289,75	Zeitzer Masch.	380,—
Elberfelder Farben	282,—	Zellstoff Waldhof	—,—
Felten u. Guilleaume	161,—	Otavi-Minen	153,—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer (verreist).
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908221-17/fragment/page=0004